

In Schaffhausen machen Beamte Geschäfte

Eine Verwaltungsabteilung der Stadt schnappt lokalen Unternehmen Aufträge weg. Schlüsselfigur ist SP-Stadtpräsident Peter Neukomm.

Philipp Gut

Schaffhausen tickt anders. Zwar kommt es auch anderswo vor, dass staatliche oder staatsnahe Betriebe unter dem Zaun hindurch grasen und jenseits ihrer Leistungsaufträge in privatwirtschaftliche Märkte drängen. Doch die Stadt Schaffhausen ist noch einen Schritt weiter: Der Energieversorger SH Power, zu Deutsch: die Städtischen Werke, ist eine Verwaltungsabteilung der Stadt, kein Rechtskörper, nicht einmal eine öffentlich-rechtliche Anstalt – und tritt dennoch wie eine Firma auf wie die Müller AG oder die Meier AG.

Wohlwollen und Abhängigkeiten

Der Grundversorger, der die Grenzen der Grundversorgung längst überschritten hat, verfügt über ein Marketingbudget von mehreren 100 000 Franken und unterhält in der Altstadt an bester Lage ein «Kundenzentrum». Zum Angebot des «Energie- und Infrastrukturunternehmens» gehören unter anderem «massgeschneiderte Gebäudetechniklösungen für Ihr Zuhause – von der Photovoltaikanlage über Elektromobilität bis hin zur Heizung».

Speziell mutet auch die Chefetage an: Als strategisches Führungsgremium amtiert eine sogenannte Verwaltungskommission, in der auch Parteienvertreter Einsitz nehmen. Das mag erklären, weshalb die Politiker gewisse Beisshemmungen gegenüber der SH Power haben, wenn es um Schranken für deren Geschäftstätigkeit geht (wir kommen darauf zurück). Präsident der Verwaltungskommission ist Peter Neukomm (SP), der zugleich als Stadtpräsident amtiert. Ebenfalls Mitglied der Verwaltungskommission ist Hermann Schlatter (SVP), Stadtparteipräsident

und Fraktionspräsident im Grossen Stadtrat. Neu kommt mit Lukas Ottiger ein Grünliberaler hinzu.

Auch über die Politik hinaus hat die SH Power ein feinmaschiges, patronal anmutendes Netz geworfen, das ihr Wohlwollen und Abhängigkeiten sichert: So finanziert sie eine ganze Reihe von Körperschaften und Veranstaltungen aus «Sport, Bildung, Umwelt und Kultur rund um Schaffhausen». Berechtig, Unterstützungsgelder abzuholen, sind «eingetragene Vereine, Gesellschaften, Institutionen, Stiftungen und sonstige Organisationen aus unserem Versorgungsgebiet», also praktisch alle, die etwas wollen – und von denen die SH Power etwas will, getreu ihrem Slogan: «Sponsoring – zusammen erreichen wir mehr».

Besonders zu reden gibt ein Ringen zwischen den Stadtwerken und privaten Anbietern im Bereich der Wärmeverbände. Die Stadt sichere sich die «Filetstücke», berichteten die *Schaffhauser Nachrichten*. Vertreter privater Verbände kritisierten, dass die Stadt «auf Vorrat Hoheitsgebiete für SH Power reserviert», während sie aussen vor bleiben müssten. Der Tenor der Kritik: Die Stadt behindere private Initiativen, statt sie zu fördern. So verweigere sie teilweise Konzessionen an Private – und die SH Power profitiere davon.

Mit einem «Staatsmonopol» würden hier «eigene Geschäftsinteressen durchgesetzt», sagt der Schaffhauser FDP-Parlamentarier Severin Brüngger gegenüber der *Weltwoche*. Dieser offenkundige Interessenskonflikt wird nicht gerade entschärft durch die Tatsache, dass der Stadt- und der Stadtwerkepräsident in Personalunion verkörpert werden.

Brüngger will dem nun Einhalt gebieten. Er ist einer der Köpfe der FDP-Volksinitiative «Für ein starkes Schaffhauser Gewerbe». Die zentrale Forderung lautet: «Die Städtischen Werke sind ausschliesslich für die Grundversorgung gemäss den vom Grossen Stadtrat erlassenen Versorgungsaufträgen zuständig.

Der Interessenskonflikt wird durch Neukomm's Doppelrolle nicht gerade entschärft.

Geschäftsbereiche, die im freien Markt stattfinden, dürfen von den Städtischen Werken nicht bewirtschaftet werden.» Was über die Grundversorgung hinausgehe, sei keine Staatsaufgabe.

Die SH Power reagierte pikiert auf die Ankündigung der Volksinitiative und versandte eine Medienmitteilung, in der sie vor dem Volksbegehren warnte – noch bevor die Unterschriftensammlung begonnen hatte. Wer die Initiative unterzeichne, müsse mit «gravierenden negativen Folgen» rechnen. Durch die «erzwungene Aufgabe» ihrer Geschäfte würde auch die Grundversorgung «massiv geschwächt».

Falls es eines Beispiels bedurft hätte, um die fragwürdige Stellung der Städtischen Werke im lokalen Marktumfeld zu illustrieren: Es gäbe kein besseres als diese Einmischung von oben in einen direktdemokratischen Prozess. Das hat inzwischen offenbar, was diese Intervention betrifft, auch Stadtpräsident Neukomm eingesehen: Diese «politische Stellungnahme» sei «ein Fehler, für den ich bereits vor einigen Monaten die Verantwortung übernommen und mich entschuldigt habe», sagt er auf Anfrage der *Weltwoche*. Allerdings ist dieser Fehler im System angelegt: Zur Frage der Personalunion sagt Neukomm, sie sei «von Gesetzes wegen gegeben». Die sich daraus ergebenden Interessenskonflikte und die Geschäftsoffensive der Stadt gegen die lokalen KMU mit ungleich langen Spiessen sind insofern politisch gewollt. Die Volksinitiative könnte das ändern.



«Filetstücke»: Stadtpräsident Peter Neukomm (SP).